



PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 04.12.2015
SJ

Bundestag entscheidet über Syrienmandat

Bundestagsabgeordnete Angelika Glöckner erklärt Beweggründe für die Zustimmung zum Bundeswehreinsatz in Syrien

Seit dem Beginn der friedlichen Proteste syrischer Oppositioneller im sog. "Arabischen Frühling", im Jahre 2011 hat sich die Situation in Syrien stetig verschlechtert. 300.000 Tote und über 12 Millionen Binnenvertriebene und Flüchtlinge sind die traurige Bilanz des seit 5 Jahren tobenden Bürgerkrieges.

Assads Truppen haben systematisch zivile Ziele angegriffen. Der syrische Bürgerkrieg eskalierte unterdessen zu einem regional und international beeinflussten Krieg, in dem insbesondere die aus dem Irak stammende Terrorgruppe ISIS seit 2014 mehr und mehr an Macht gewonnen hat und im Irak und Syrien ein Terrorregime errichten konnte. Der selbsternannte „Islamische Staat“ und die dieser Gruppe nahestehende Organisationen tragen den Terror zunehmend in die Nachbarländer und – wie die jüngsten Terroranschläge zeigen – sogar bis nach Europa. Hunderte Tote und Verletzte zeigen, mit welcher Rücksichtslosigkeit und Brutalität die Terroristen vorgehen und welche Gefahr diese Gruppierung für die Stabilität der Region und auch für den internationalen Frieden darstellt.

Wie nah diese Bedrohung ist, zeigen die Anschläge vom 13. November. Diese galten nicht nur Frankreich, sie galten auch uns. Sie richteten sich gegen uns, unsere Werte und unsere Art zu leben. Deshalb ist jetzt die Solidarität aller Europäer gefordert – sie ist von ganz entscheidender Bedeutung, ja sogar elementarer Bedeutung für die Zukunft der EU.

Trotz großer Skepsis gegenüber einem militärischen Engagement gegen die Terrorgruppe ISIS bin ich nach intensiven Diskussionen innerhalb der SPD-Fraktion und nach einem schwierigen Abwägungsprozess zu dem Ergebnis gekommen, dem Mandat der Bundesregierung zuzustimmen. Diese Entscheidung ist mir keineswegs leicht gefallen, jedoch überwiegt die Erkenntnis, dass dieser Einsatz notwendig ist, um die Gräueltaten des IS zu stoppen und zudem die Grundlagen für einen Einsatz gegeben sind.

Dazu ist vor allem festzuhalten, dass der Einsatz völkerrechtlich legitimiert ist und in mittlerweile drei Resolutionen durch den VN-Sicherheitsrat festgehalten wurde, dass der IS weltweit eine Bedrohung für Frieden und Sicherheit darstellt. Zudem hat Frankreich sich nach den Anschlägen von Paris als erster Mitgliedstaat der EU auf die Beistandsklausel in Artikel 42 Absatz 7 des EU-Vertrages berufen. Hier stehen wir als Bundesrepublik Deutschland in einer Bündnisverpflichtung.

Wie das Beispiel des Afghanistan-Einsatzes der ISAF-Truppen zeigt, ist aber klar festzuhalten, dass eine Befriedung einer Region allein durch einen Militäreinsatz nicht gelingen kann. Neben dem militärischen Eingreifen muss auch eine politische, wirtschaftliche und vor allem eine gesellschaftliche Konzeption stehen, die einen Wiederaufbau des Landes ermöglicht. Dies wird auch in Syrien zu leisten sein. Die Vorstellung, dass man Syrien allein durch die militärische Niederschlagung des IS befrieden kann, ist illusorisch.

Ich bin fest davon überzeugt, dass es für den Syrienkonflikt letztlich nur eine politische Lösung geben kann. Der politische Prozess steht für uns in der SPD-Bundestagsfraktion weiterhin im Vordergrund. Das militärische Handeln wird in diesen politischen Prozess eingebettet sein und bleiben. Hierfür setzt sich Außenminister Frank-Walter Steinmeier mit ganzer Kraft ein. Mit Hilfe der Vereinten Nationen und ihrem Sonderbeauftragten Staffan de Mistura wird eine politische Lösung erarbeitet werden.

BERLINER BÜRO PLATZ DER REPUBLIK 1 11011 BERLIN
TELEFON (030) 227-77432 **TELEFAX** (030) 227-77644 **E-MAIL** angelika.gloeckner@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO ALLEESTRASSE 60 66953 PIRMASENS
TELEFON (06331) 7193259 **TELEFAX** (06331) 7190379 **E-MAIL** angelika.gloeckner@bundestag.de

WEB <http://www.angelika-gloeckner.info/>